

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

wir alle sind erschüttert über den unfassbaren Tod des jungen SEK-Beamten, auf den ein sogenannter Reichsbürger am vergangenen Mittwoch im fränkischen Georgensgmünd geschossen hatte. Seinen Angehörigen gilt unsere tief empfundene Anteilnahme. Zugleich denken wir an die weiteren bei dem Polizeieinsatz verletzten Beamten und wünschen ihnen baldige Genesung. Zwar hatten bereits sehr viele bayerische Behörden und Institutionen mit „Reichsbürgern“ zu tun. Nach dem gestrigen Vorfall

können wir diese Mitbürger jedoch keinesfalls mehr nur als lästige Querulanten betrachten. Nein, nach diesem schrecklichen Vorfall müssen wir von einer echten Gefährdung unserer Sicherheit ausgehen! Aus diesem Grund unterstützen wir FREIE WÄHLER den Vorschlag von Innenminister Herrmann, ‚Reichsbürgern‘ den Waffenbesitz zu verbieten. Denn wer unseren Rechtsstaat dermaßen entschieden ablehnt, wird als Waffenbesitzer zu einer tickenden Zeitbombe. Auch eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz ist nun unbedingt angezeigt.



Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL
*Vorsitzender des Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst*

Ihr
Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL

Rückblick

Vorläufiger CETA-Entscheid des Bundesverfassungsgerichtes

Aus Karlsruhe kommen ermutigende Zeichen für unsere Demokratie: Die Bundesregierung darf das **Freihandelsabkommen CETA** zwischen der EU und Kanada zwar vorläufig mit auf den Weg bringen. Aber es wurde sichergestellt, dass keine Bereiche vorläufig angewendet werden dürfen, die in unsere nationale Kompetenz fallen, eine demokratische Rückbindung ist stets zu gewährleisten. Die Bundesregierung muss außerdem sicherstellen, dass eine vorläufige Anwendung nachträglich einseitig beendet werden kann. Das sind positive Entwicklungen, die wir FREIEN WÄHLER ausdrücklich begrüßen.



Das sind positive Entwicklungen, die wir FREIEN WÄHLER ausdrücklich begrüßen.

Ein Stopp von CETA ist so immer noch möglich. Denn das Urteil sagt noch nichts aus über die Erfolgsaussichten der mit den Eilanträgen verbundenen Verfassungsbeschwerden. Über sie will das Gericht zu einem späteren Zeitpunkt im Detail verhandeln. Als FREIE WÄHLER werden wir uns auch weiterhin gegen die beiden Freihandelsabkommen TTIP und CETA einsetzen.

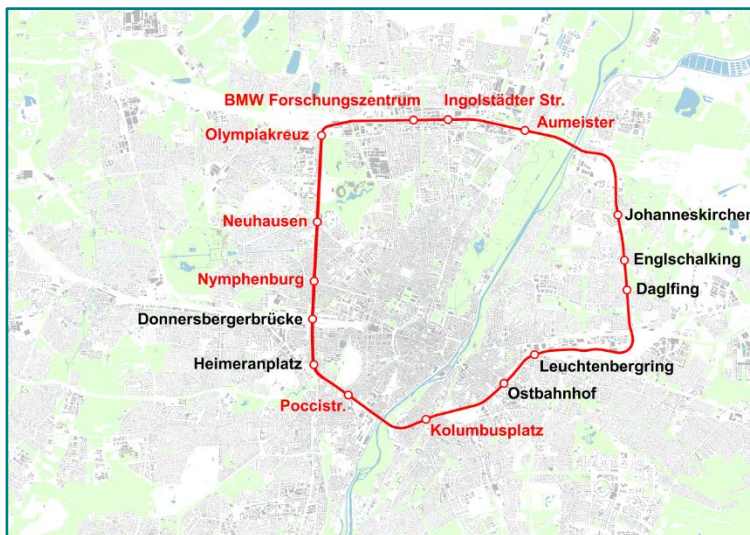
Kommunen und Steuerzahler als große Verlierer – Wie lief der GBW-Verkauf an die Patrizia wirklich ab?

Lange war es ruhig um den Verkauf der **GBW-Wohnungen**, doch nun gibt es alarmierende Nachrichten. Nach BR-Recherchen sollen die GBW-Immobilien an ein Netz aus weitgehend unbekanntem Investoren mit Sitz in Luxemburg verkauft worden sein. Der deutsche Mieterbund fordert in einer Presseerklärung einen Untersuchungsausschuss zum Verkauf der GBW-Wohnungen. Wir hatten bereits 2013 einen Bericht zum Verkauf der GBW-Wohnungen gefordert und den Verkauf als politische Fehlentscheidung angeprangert. Nun zeigt sich, dass die Beteuerungen des Finanzministers, der Schutz der betroffenen Mieter habe oberste Priorität und werde vom Freistaat garantiert, möglicherweise auf tönernen Füßen stehen.

Söder muss dem Parlament erklären, wie ein Finanzminister auf die Idee kommen kann, Wohnungen an einen anonymen Immobilienfonds mit Sitz im Ausland zu veräußern. Das widerspricht den Interessen des Freistaats und der betroffenen Mieter. Denn der Freistaat bekommt keine Steuern und die Mieter stehen vor einer ungewissen Zukunft. Ist das etwa Söders „Heimatstrategie“? In einem Dringlichkeitsantrag fordern wir daher einen umfassenden Bericht. Darin wollen wir unter anderem wissen, ob es zutreffend ist, dass die Bayerische Landesbank schon 2008 versucht hat, GBW-Wohnungen zu verkaufen und ob bei derartigen Veräußerungsversuchen die Patrizia AG bereits als Interessent mit der Bayern LB in Verhandlungen stand. Auch zum Mieterschutz verlangen wir detailliert Auskunft.

S-Bahn-Ring für München – Vorstellung der Studie: „Verkehrskonzepte für München“

Die angespannte Lage, die in München mittlerweile fast sämtliche Verkehrsströme und -arten betrifft, wird auf Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, ein zentrales Thema für die Bevölkerung in der Landeshauptstadt wie auch im Umland sein. Die voraussichtlich auf die nächsten Jahre unverändert oder gar weiter zunehmend kritische Wohnraumlage trägt dazu einen erheblichen Anteil bei.



Denn insbesondere der Zuzug von Arbeitnehmern, der Ausbau von Unternehmensstandorten, aber auch die Neuan siedlung werden die Bevölkerungszahl selbst und auch die Pendlerströme in der Metropolregion weiter stark anwachsen lassen.

Durch ihre einseitige Fokussierung auf den zweiten Stammstreckentunnel offenbart die Staatsregierung eine erhebliche Kurzsichtigkeit bei der Planung der Verkehrsinfrastruktur für die Metropolregion München. Um München und sein Einzugsgebiet verkehrstechnisch fit für die nächsten Jahrzehnte zu machen ist es heute schon nötig, vorausschauend weiter zu planen. Eine in meinem Auftrag erstellte Studie zur Entwicklung eines S-

Bahnring in München zeigt, dass es schon jetzt städtische Entwicklungsbereiche gibt, die dringend eine bessere Anbindung an den ÖPNV brauchen.

Kern der Studie ist ein S-Bahnring, der unter Ausnutzung möglichst viel bereits vorhandener Infrastruktur eine wesentliche Verlagerung von Personenverkehr vom Mittleren Ring in München auf die Schiene ermöglicht. Ich will mit diesem Konzeptvorschlag heute intensiv in eine Debatte dazu einsteigen, damit wir in 10 bis 15 Jahren tatsächlich Problemlösungen bekommen. Mit weiterführenden Planungen abzuwarten bis ein zweiter Stammstreckentunnel fertig gebaut ist, halte ich dagegen seitens der Bayerischen Staatsregierung planungstechnisch für Fahren auf Sicht.

FREIE WÄHLER fordern Entschärfung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie – Bauen soll dem Mittelstand nicht erschwert werden

Bei der Umsetzung der **Wohnimmobilienkreditrichtlinie** in nationales Recht hat der Bundesgesetzgeber die europäischen Vorgaben teils deutlich verschärft. Banken können nach der neuen Regelung künftig einem Wohnimmobilienkredit nur noch dann zustimmen, wenn dieser innerhalb der statistischen Lebenserwartung des Kreditnehmers vollständig beglichen werden kann. Zudem dürfen die Kreditinstitute den Wert der Immobilie bei der Einschätzung der Kreditwürdigkeit nicht mehr als Hauptkriterium wählen. Bereits im Juli hatten wir daraufhin einen Dringlichkeitsantrag für eine deutliche Nachbesserung des Gesetzes eingebracht. Die CSU stimmte dem zwar zu, doch hat die Staatsregierung bislang noch keine entsprechenden Schritte unternommen. Wir fordern daher nun in einem weiteren Dringlichkeitsantrag, dass die Staatsregierung einen Gesetzesantrag unterstützt, den die Länder Baden-Württemberg und Hessen zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie zwischenzeitlich in den Bundesrat eingebracht haben.

Flächendeckende Geburtshilfe sicherstellen – Hebammen unterstützen

In Bayern schließen immer mehr geburtshilfliche Abteilungen in ländlichen Regionen. Dabei ist es für werdende Eltern unerlässlich, in angemessener Zeit den nächsten Kreißaal erreichen zu können. Die Geburtshilfe ist insofern eine gesellschaftlich bedeutende Aufgabe. Wir FREIEN WÄHLER stehen für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern und fordern die Staatsregierung daher auf, ein Soforthilfeprogramm zur Sicherstellung der **flächendeckenden Geburtshilfe** auf hohem Niveau aufzulegen. Als Eckpunkte wollen wir eine Initiative auf Bundesebene zur finanziellen Unterstützung von Krankenhäusern mit kleineren Geburtshilfeabteilungen, damit eine flächendeckende Versorgung gewährleistet werden kann. Außerdem sollen für freiberuflich tätige Hebammen konkrete Anreize geschaffen werden, um Praxisgründungen gerade im ländlichen Raum interessant zu gestalten. Darüber hinaus wollen wir durch einen Haftungsfreistellungs-fonds das Problem niedriger Vergütung und hoher Beiträge zur Berufshaftpflichtversicherung der Hebammen langfristig lösen.

Freie Wähler fordern Pflegekammer – Mehr Geld für die Pflege

Über Tausend bayerische Pflegekräfte demonstrierten diese Woche in München gegen die von Gesundheitsministerin Huml auf den Weg ge-



brachte „Vereinigung der bayerischen Pflege“. Bei dieser gegen den Willen des bayerischen Pflegerats beschlossenen Vereinigung sollen nicht die Fachkräfte, sondern die Trägereinrichtungen das Zep-ter in der Hand haben. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde am Dienstag im Plenum behandelt.

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion stehen wir auf der Seite unserer Pflegekräfte und unterstützen sie seit Langem in ihrer Forderung nach einer **Pflegekammer**, in der sich die Pflegenden selbst vertreten können und nicht von oben dirigiert werden. Nur so können die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessert, der Personalnotstand behoben und die Ausbildung

professionalisiert werden. Zudem müssen Pflegekräfte besser bezahlt werden. Denn Pflege geht uns alle an. Wir werden den Gesetzentwurf der Staatsregierung daher ablehnen.

Mehr Geld für die Kommunen – FREIE WÄHLER setzen sich im Doppelhaushalt für die Kommunalmilliarde ein

Bayerns Zukunft wird in den Kommunen entschieden. Bei der aktuellen Landtagsdebatte um den **Doppelhaushalt 2017/18** haben wir uns deshalb für eine Bereitstellung von mehr kommunalen Finanzmitteln eingesetzt. Mittels dieser Stärkung unserer Städte und Gemeinden wollen wir unser zentrales Anliegen vorantreiben: die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und die Stärkung des ländlichen Raums. Dafür brauchen wir die **Kommunalmilliarde**, aber auch Investitionen in den Staatsstraßen- und Wohnungsbau sowie in Bildung und Erziehung. All dies bilden unsere Änderungsanträge zum Haushalt ab.

Schmerzensgeldanspruch für Bayerische Beamte erhöhen

Wurden bayerische Beamte im Dienst durch einen tätlichen rechtswidrigen Angriff verletzt, konnten sie den Angreifer zwar stets auf **Schmerzensgeld** verklagen. Früher gingen die Beamtinnen und Beamte dennoch meist leer aus – etwa weil der Angreifer zahlungsunfähig oder zwischenzeitlich abgetaucht war. Seit 1. Januar 2015 gibt es in solchen Fällen eine Entschädigung durch den Freistaat Bayern. Wir wollen im Interesse unserer Beamten wissen, ob diese Neuregelung tatsächlich funktioniert. Deshalb fordern wir in einem Dringlichkeitsantrag Auskunft darüber, mit wie viel Geld der Freistaat in solchen Fällen bereits in Vorlage gegangen ist, wie die Forderungen gegenüber den Schädigern weiterverfolgt werden und in wie vielen Fällen die Anträge der Geschädigten abgelehnt werden mussten. Besonders wichtig: Die Bagatellgrenze von 500 Euro, unterhalb derer überhaupt kein Schmerzensgeldanspruch anerkannt wird, muss unverzüglich gestrichen werden. Denn wer unter Einsatz seiner Gesundheit für die Sicherheit unserer Gesellschaft einsteht – etwa als Polizeibeamter – der muss auch unsere uneingeschränkte Solidarität erfahren, wenn er im Dienst verletzt wurde. Über die Antwort der Staatsregierung werden wir demnächst hier berichten.

Länderfinanzausgleich – Bayern hätte mehr erreichen können

Zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit hat Ministerpräsident Seehofer diese Woche eine Regierungserklärung im Plenum abgegeben. Am Dienstag stellte er den Abgeordneten die Verhandlungsergebnisse zur **Neuordnung der Bund-Länder-Finanzen** vor. Als FREIE WÄHLER sind wir über das magere Ergebnis enttäuscht. Die CSU wird die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht sang- und klanglos zurücknehmen. Wir FREIE WÄHLER hatten sie seinerzeit als ‚Akt der politischen Notwehr‘ ausdrücklich unterstützt.

Nun müssen wir feststellen, dass bis 2019 alles beim Alten bleibt. Erst ab 2020 wird es dann statt der erhofften 2,7 Milliarden Euro an Einsparungen lediglich knapp die Hälfte sein. Profiteur des neu ausgehandelten Länderfinanzausgleichs ist vor allem das Land Berlin. Bereits in den letzten zwanzig Jahren hat die Bundeshauptstadt mit 52 Milliarden Euro fast so viel bekommen wie alle neuen Bundesländer zusammen.

Nichts Neues aus dem Kultusministerium zur Entscheidung über das neunjährige Gymnasium

„Täglich grüßt das Murmeltier.“ So könnte man den Auftritt von Minister Spaenle vor dem Bildungsausschuss des Bayerischen Landtags diese Woche betiteln. Angekündigt war ein Bericht zur **Weiterentwicklung des Gymnasiums in Bayern**. Aber während die Schulfamilie verzweifelt auf Entscheidungen wartet, ist über die bereits bekannten Fakten hinaus nichts wirklich Neues zu erfahren gewesen. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordern wir eine echte Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 für alle Schülerinnen und Schüler – spätestens ab dem Schuljahr 2017/18.

Höhere Fördersummen für den privaten regionalen Rundfunk in Bayern

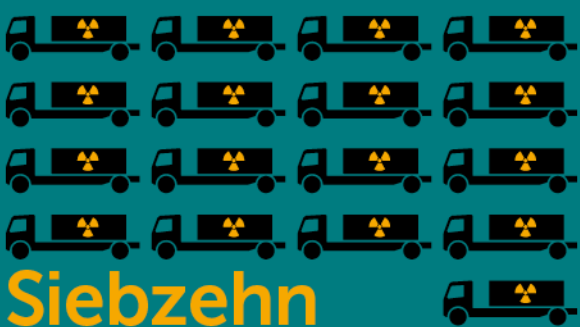
Für den privaten regionalen Rundfunk in Bayern wollen wir eine deutliche Erhöhung der Fördersumme erreichen. Nun freuen wir uns zwar darüber, dass die CSU-Fraktion endlich auf die Linie der FREIEN WÄHLER eingeschwenkt ist, doch reichen die von ihr angekündigten Mittel nicht für die Zukunftsfähigkeit des regionalen Rundfunks aus. Wir brauchen zusätzlich noch sechs Millionen Euro für die Umstellung des lokalen Hörfunks auf Digitalradio DAB+ und eine Anschubfinanzierung bei der HD-Umstellung regionaler Fernsehsender. Für den HD-Umstieg fordern wir FREIEN WÄHLER

zusätzliche vier Millionen Euro im anstehenden Doppelhaushalt – im Sinne einer Anschubfinanzierung sollen davon jedem der 16 lokalen Fernsehsender 250.000 Euro zufließen.

Sicherheitsbedenken zu Castor-Transporten vom Forschungsreaktor Garching nach Ahaus

In der öffentlichen Debatte ist das Thema noch kaum angekommen, obwohl es im wahrsten Sinne des Wortes hoch brisant ist: Ab dem Jahr 2018 wird es regelmäßig **CASTOR-Transporte vom Forschungsreaktor FRM II** in Garching in das Zwischenlager Ahaus in Nordrhein-Westfalen geben. Im Gegensatz zu den deutschen Kernkraftwerken kommen beim FRM II Brennelemente mit auf 93 Prozent angereichertem, potenziell waffenfähigem Uran zum Einsatz.

Zahl des Quartals



Siebzehn

CASTOR-Transporte wird es ab 2018 vom Forschungsreaktor FRM II im bayerischen Garching ins Zwischenlager Ahaus in Nordrhein-Westfalen geben. Im Gegensatz zu den deutschen Kernkraftwerken kommen beim FRM II Brennelemente mit auf 93 Prozent angereichertem, potenziell waffenfähigem Uran zum Einsatz.

In einem Antrag haben wir die Staatsregierung nun aufgefordert zu berichten, ob der Freistaat Bayern die in der Anpassungsvereinbarung mit dem Bund vereinbarte Umrüstung des FRM II auf Brennstoff mit höchstens 50 Prozent Uran-235-Anreicherung bis spätestens 31.12.2018 einhalten wird. Außerdem wollen wir wissen, wie viele Steuergelder seitens des Bundes und des Freistaats Bayern seit dem Jahr 2004 für die Entwicklung und den Bau eines neuen

Brennelements zum Zwecke der Umrüstung auf Brennstoff mit höchstens 50 Prozent Uran-235-Anreicherung geflossen sind. Uns interessiert auch, weshalb entgegen der Empfehlung der Reaktor-Sicherheitskommission zur 3. Teilgenehmigung des FRM II bei der Entsorgung von bestrahlten FRM-II-Brennelementen keine Konditionierung durch Zumischung von abgereichertem Uran zur Verminderung der Restanreicherung erfolgt.

Kein Griff in den Gesundheitsfond – Bund muss sich stärker an den Gesundheitskosten für Asylbewerber beteiligen

In einem weiteren Antrag fordern wir die Staatsregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die **Gesundheitskosten für Asylbewerber** aus Steuermitteln finanziert werden und nicht aus Beitragsgeldern der gesetzlichen Krankenversicherung. Nach der derzeitigen Regelung zahlt der Bund für anerkannte Asylbewerber, die keinen Arbeitsplatz haben, eine Pauschale in Höhe von 90 Euro pro Monat an den Gesundheitsfonds. Als FREIE WÄHLER sind wir der Meinung, dass diese Gelder angehoben werden müssen, wenn sie nicht ausreichend für die gesundheitliche Versorgung der Asylbewerber sind. Sie können aber keinesfalls mit Mitteln aus dem Gesundheitsfonds, also den Beiträgen der gesetzlich Versicherten, aufgestockt oder durch sie ersetzt werden. Derartigen Bestrebungen muss die Staatsregierung auf Bundesebene entgegenwirken.

Vorschau

Im Umweltausschuss findet am kommenden Donnerstag die **Expertenanhörung zur Verbesserung der Lebensmittelüberwachung** in Bayern statt. Vor dem Hintergrund der Bayern-Ei-Affäre hatten wir FREIEN WÄHLER diese Anhörung beantragt, um im Anschluss daran Strukturen in der Lebensmittelüberwachung gezielt weiterentwickeln zu können.

Impressum

Prof. Dr. Michael Piazzolo, MdL
Bürgerbüro
Giesinger Bahnhofplatz 9
81539 München

Tel.: 089 / 5203 2163
E-Mail: buengerbuero@fw-muenchen-landtag.de

Falls Sie sich für den Newsletter an- oder abmelden möchten, schicken Sie bitte eine kurze E-Mail an buengerbuero@fw-muenchen-landtag.de.